

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-
schutz**

Wortprotokoll

der

109. Sitzung (öffentlich)

Berlin, den 17.06.2009, 16:45 bis 18:03 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Konrad-Adenauer-Str.1, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: 4.700

BT 5406 07.09

Vorsitz: stellv. Vorsitzender, Manfred Zöllmer, MdB

TAGESORDNUNG:

Einziges Tagesordnungspunkt

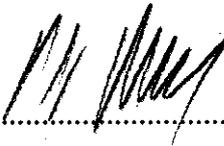
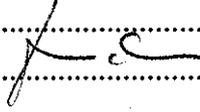
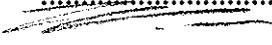
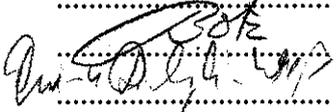
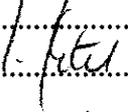
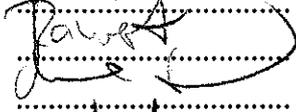
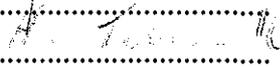
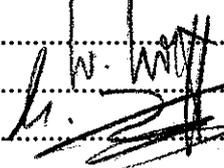
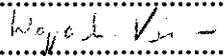
S. 10

Gespräch mit dem EU-Kommissar für maritime Angelegenheiten und Fischerei, Dr. Joe Borg, zu aktuellen Themen der EU-Meeresspolitik und über das Grünbuch der Fischerei

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bleser, Peter		Borchert, Jochen	
Heller, Uda Carmen Freia		Caesar, Cajus	
Holzenkamp, Franz-Josef		Connemann, Gitta	
Jahr Dr., Peter		Deittert, Hubert	
Jordan Dr., Hans-Heinrich		Göppel, Josef	
Klößner, Julia		Jaffke-Witt, Susanne	
Rehmer Dr., Max		Pfeiffer, Sibylle	
Mortler, Marlene		Schindler, Norbert	
Röring, Johannes		Schirmbeck, Georg	
Segner, Kurt		Schulte-Drüggelte, Bernhard	
Vogel, Volkmar Uwe		Zöllner, Wolfgang	
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Blumentritt, Volker		Bahr (Neuruppin), Ernst	
Botz Dr., Gerhard		Groneberg, Gabriele	
Drobinski-Weiß, Elvira		Hiller-Ohm, Gabriele	
Herzog, Gustav		Hovermann, Eike	
Ortel, Holger		Kelber, Ulrich	
Priesmeier Dr., Wilhelm		Miersch Dr., Matthias	
Wawert, Mechthild		Rossmann Dr., Ernst Dieter	
Schieder, Marianne		Schmitt (Landau), Heinz	
Volkmer Dr., Marlies		Steinecke, Dieter	
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Teuchner, Jella	
Zöllner, Manfred		Vogelsänger, Jörg	
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Geisen Dr., Edmund Peter		Schuster, Marina	
Goldmann, Hans-Michael		Solms Dr., Hermann Otto	
Happach-Kasan Dr., Christel		Wissing Dr., Volker	

Mittwoch, 17. Juni 2009, 16:30 Uhr

DEUTSCHER BÜNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 10 (Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Binder, Karin	Bulling-Schröter, Eva
Tackmann Dr., Kirsten		Hill, Hans-Kurt
Ulrich, Alexander	Naumann, Kersten
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Behm, Cornelia	Hettlich, Peter
Höfken, Ulrike	Höhn, Bärbel
Maisch, Nicole	Kurth (Quedlinburg), Undine

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10)

Mittwoch, 17. Juni 2009, 16:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

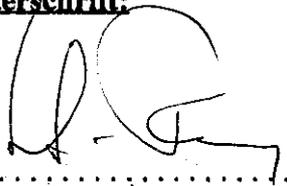
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Arens

CDU/CSU



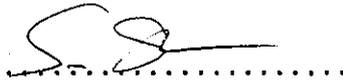
Wankermann

SPD



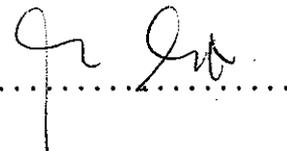
Sturm, Sören

B90/GRÜNE



Witt, Uwe

LINKE



109. Sitzung

Öffentliche Sitzung

(Gespräch mit dem EU-Kommissar für Fischerei, Joe Borg zum Thema der EU-Meerespolitik und über das Grünbuch der Fischerei)

Mittwoch, 17. Juni 2009

16.30 – 17.30 Uhr, PLH 4.700,

(Teilnahme von Praktikanten/'in und Besuchern)

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Referat/Büro/Ministerium	Unterschrift
1	Alfers, Patrick	hbpa – Hans Bellstedt Public Affairs	
2	Bär, Verena	PA 10, Ausschuss f. ELV	
3	Bellstedt Dr., Hans	hbpa – Hans Bellstedt Public Affairs	
4	Breckling Dr., Peter	Büro Holger Ortel, MdB	
5	Bußmann, Knud	Büro Holger Ortel, MdB	
6	Cieslik, Anika	PA 10, Ausschuss f. ELV	
7	Elsner, Ulrich	Büro Holger Ortel, MdB	
8	Fischer, Lothar	Büro Holger Ortel, MdB	
9	Fischer, Mareike	Büro Hartmut Schauerte, MdB	
10	Gretarsson, Haraldur	Büro Holger Ortel, MdB	
11	Hullmann, Dieter	Büro Holger Ortel, MdB	
12	Kahlfuss, Norbert	Büro Holger Ortel, MdB	
13	Klever, Günter	Büro Holger Ortel, MdB	
14	Looden, Hilke	Büro Holger Ortel, MdB	

15	von Lukowicz Dr., Mathias	Büro Holger Ortel, MdB
16	Schmidt, Kai-Arne	Büro Holger Ortel, MdB
17	Maack, Thilo	Umweltschutzorganisation Greenpeace
18	Marckwardt, Lorenz	Büro Holger Ortel, MdB
19	Meinelt Dr., Thomas	Büro Holger Ortel, MdB
20	Menn Dr., Iris	Umweltschutzorganisation Greenpeace
21	Mosca, Mathilde	Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund u. Europ. Union
22	Oberdörffer, Philipp	Büro Holger Ortel, MdB
23	Parlevliet, Diederick	Büro Holger Ortel, MdB
24	Paustian, Jörg	Büro Holger Ortel, MdB
25	Proske Dr., Christian	Büro Holger Ortel, MdB
26	Richter Dr., Uwe	Büro Holger Ortel, MdB
27	Riediger, Eckart	Büro Holger Ortel, MdB
28	Sander, Dirk	Büro Holger Ortel, MdB
29	Zidowitz, Heike	Organisation: Deutsche Elasmobranhier-Gesellschaft
	30. Dr. Grottel	Deep Wave e.V.
	31 Dr. Nerker	Büro Prof.
	32 Jürgensen	Fischereiaut Berlin
	33 BLAZEK Radovan	Büro Dr. Happach-Kasan
	34 Goldammer, Grottel	" " " "

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende:

Begrüßung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur 109. Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Diesmal tagen wir öffentlich. Zusätzlich eingeladen sind die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und Verkehrsausschuss. Ich freue mich, Herrn Dr. Joe Borg begrüßen zu dürfen, der als Mitglied der Europäischen Kommission zuständig ist für maritime Angelegenheiten und Fischerei.

Wir wollen die Gelegenheit seines Besuches ergreifen, um heute mit ihm über die aktuellen Themen der Meerespolitik und über das Grünbuch der Fischerei zu diskutieren.

Ich darf von Seiten der Bundesregierung, Frau Staatssekretärin Heinen-Esser ganz herzlich begrüßen.

Ich begrüße Herrn Mohr und Frau Kate Adams, die freundlicherweise heute als Dolmetscher und Dolmetscherin hier tätig sind.

Ich darf Herrn Dr. Köhler, Frau Stefanie Schmidt, Herrn Petschke und Frau Dietlind Jering, als stellvertretende Leiterin der EU-Kommission in Deutschland, begrüßen.

Ganz besonders herzlich begrüße ich unsere Gäste hier oben auf der Tribüne, Sie haben einen guten Überblick über das Geschehen. Sie sind diejenigen, die in ihrem beruflichen Leben als Küstenfischer, Krabbenfischer und Hochseefischer mit dieser Materie ganz viel zu tun haben.

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse. Herzlich willkommen heute hier bei unserer Sitzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht unbegrenzt viel Zeit. Deswegen würde ich Herrn Dr. Borg ganz herzlich bitten, uns einzuführen in die Problematik, über die wir dann gemeinsam diskutieren.

Einziger Tagesordnungspunkt

Gespräch mit dem EU-Kommissar für maritime Angelegenheiten und Fischerei, Dr. Joe Borg, zu aktuellen Themen der EU-Meerespolitik und über das Grünbuch der Fischerei

Dr. Joe Borg (EU-Kommissar, maritime Angelegenheiten und Fischerei): Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einführung. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, dass es mir eine große Freude ist, in Berlin sein zu dürfen in diesem wunderbaren Umfeld. Berlin wird wohl für immer ein Synonym für die wichtigen Ereignisse des Jahres 1989 sein, die ein neues Kapitel sowohl in der deutschen Geschichte als auch in der Geschichte Europas aufgeschlagen haben. Nun, 20 Jahre später, ist es so, dass sich sowohl Deutschland als auch die EU wieder einer neuen Herausforderung stellen müssen, weil eine neue umfassende Veränderung ansteht.

Deutschland hat sich in den vergangenen fünf Jahren schon immer sehr stark für die integrierte Meerespolitik eingesetzt. Ich hatte die Freude und das Privileg, in den vergangenen fünf Jahren als Teil der Kommission daran mitzuwirken. Vor zwei Jahren wurde zu diesem Thema in Bremen eine Konferenz ausgetragen, wo es um die integrierte Meerespolitik ging. Dort wurden die Parameter ausgearbeitet und ein Aktionsplan geschaffen.

Das Hauptziel der momentanen Politik ist es, das Potential der gemeinsamen Meerespolitik voll auszunutzen, um mehr Beschäftigung zu schaffen und um damit auch die Wirtschaft zu unterstützen. Gleichzeitig muss allerdings auch sichergestellt werden, dass die Meeresumwelt geschützt wird, und dass damit eine gesunde Basis für alle damit verbundenen Aktivitäten geschaffen wird.

Es freut mich ebenfalls zu sehen, dass Deutschland nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf der Länderebene hier aktiv ist. Ich möchte vor allem die Arbeit von Schleswig-Holstein hier begrüßen, da dieses Bundesland wie andere auch, sehr aktiv ist.

Es gab schon immer viel Arbeit in der Meerespolitik, das war schon immer so, aber heute ist auch eine neue Situation entstanden; und zwar gibt es ein größeres Umweltbewusstsein seitens der Bevölkerung, dieses steigt weiter an, aber auch seitens der Politik. Die Meerespolitik basiert heute in großem Maße auf „Best Practices“, die weltweit ausgearbeitet wurden. Hier wird viel getan, was eine enge Zusammenarbeit der Regierungen, der verschiedenen Meeresregionen, aller anderen Akteure und Beteiligten, aber auch eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Seebecken und Regionen voraussetzt.

Es ist wirklich so, dass die integrierte Meerespolitik zusehends regionale Besonderheiten berücksichtigt. Es findet also eine gewisse Regionalisierung statt. Der erste Schritt dahin war eine Mitteilung der Kommission bezüglich der Arktis, im November vergangenen Jahres. Hier werden also die regionalen Besonderheiten der Arktis berücksichtigt.

Vergangene Woche hat die Kommission auch ein ähnliches Papier zur Ostsee vorgestellt. Kommende Woche wird eine ähnliche Strategie für die Mittelmeerregion veröffentlicht. Das ist also eine Regionalisierung und das sind Regionalansätze für die integrierte Meerespolitik.

Es gab also schon große Entwicklungen in der integrierten Meerespolitik. Daneben ist es allerdings auch so, dass sie einen starken Motor für andere, damit verbundene Sektoren darstellt. So ist es beispielsweise, dass Entwicklungen bei der Art und Weise wie Schiffe sich im Meerestransport fortbewegen, Auswirkungen auf andere Bereiche haben, wie z. B. auf die Umwelt und weitere Bereiche, was ebenfalls berücksichtigt wird.

So wie in den vergangenen zwei Jahren viel getan wurde im Bereich der integrierten Entwicklung, z. B. haben wir ein Sicherheitspaket auf den Weg gebracht, eine Transportstrategie, ein Grünbuch zur Anpassung an den Klimawandel, sowie eine Mitteilung zur „Offshore-Windenergie“.

Erwähnen wollte ich ebenfalls noch die Meeresstrategie, und die damit verbundene Rahmenrichtlinie als ganz wichtige Säule.

Wir werden in den nächsten Monaten öffentlich machen, welche Fortschritte wir hier seit der Veröffentlichung des Blaubuches und des Aktionsplanes, beim Ratstreffen im Dezember 2007, erreicht haben. Wir werden dann ebenfalls publik machen, welches unsere Ziele sind, die wir in den nächsten Jahren im Bereich der integrierten Meerespolitik verfolgen.

Das gilt ebenfalls für neue Managementstrukturen, wie z. B. die Überwachung der Meere oder die Sammlung von wissenschaftlichen Daten, aber auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die maritime Raumplanung. Ich möchte nun zum zweiten Thema meines Quantumbereichs zu sprechen kommen, nämlich der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, dass ich eben schon ein sehr informatives Treffen mit Vertretern der deutschen Fischereiindustrie abgehalten habe. Wir haben dort in erster Linie über die Ziele der GFP gesprochen.

Die Priorität hierbei ist natürlich die Kontrollverordnung, die gerade durch den Rat geht.

Wir hoffen, dass wir diese bis zum Ende 2009 verabschieden können. Wir diskutieren gerade mit den Mitgliedsstaaten und mit den Beteiligten über alle Themen und wir hoffen, dass die Kontrollverordnung vom Rat bis zum Ende des Jahres 2009 angenommen werden kann.

Daneben hat die Kommission auch ein Grünbuch zur Reform der GFP auf den Weg gebracht. Wir haben hier zuletzt einen öffentlichen Anhörungsprozess mit allen Beteiligten gestartet, dieser läuft noch. Wir möchten uns hier mit Vertretern der Industrie treffen, um zu hören, welche Probleme dort existieren, wie die Zusammenarbeit in der Zukunft aussehen kann und vor allem, was bisher auch im Bereich der GFP getan wurde. Das Ziel soll dann sein, dass eine zukunftsfähige GFP geschaffen wird, die das Hauptziel, nämlich das Ziel einer nachhaltigen Fischerei in Europa, auch wirklich erreichen kann.

Bei der jüngsten Reform aus dem Jahre 2002 hat Deutschland bereits eine tragende Rolle gespielt. Wir hoffen natürlich, dass Deutschland dies in der Zukunft wieder tun wird, bei der Unterstützung dieser Reform für eine neue GFP.

Wir haben bisher schon sehr gute Verhandlungen geführt. Ich möchte betonen, dass momentan wirklich alle Optionen auch auf dem Tisch liegen. Wir werden alles ansprechen, um damit auch Themen anzusprechen, die wir bisher vielleicht als selbstverständlich betrachten. Wir möchten über alles diskutieren. Zum Beispiel über ein auf Rechten basiertes Managementsystem. Ein anderes Thema wäre z. B. eine Regionalisierung, ein regionaler Ansatz, sodass die weiteren Entscheidungen seitens der Kommission entschieden werden, aber dass die tagespolitischen Themen verstärkt auf regionaler Ebene durchgeführt werden.

Wir haben bisher im Bereich der Fischerei immer von der nachhaltigen Fischerei gesprochen, aber es gibt auch andere Bereiche, die hier zu berücksichtigen sind, so z. B. die Gesellschaft als Ganzes, die Wirtschaft, aber auch die Umwelt. Das Grünbuch hat nun Vorschläge eingebracht, die darauf basieren, dass wir klarere Ziele benötigen. Das bedeutet natürlich weiterhin, dass wir uns im Grünbuch auf die ökologische Nachhaltigkeit, als wichtigstes Ziel, konzentrieren. Wir möchten hierbei eben die Meinungen von allen Beteiligten und von allen Mitgliedsstaaten anhören.

Wir sind in der Kommission davon überzeugt, dass diese neue Politik effektiv sein muss. Sie muss einfach gestaltet sein und sollte keinen erhöhten Verwaltungsaufwand benöti-

gen. Daher glauben wir, ist es unmöglich, dass alle Entscheidungen und Details weiterhin zentral entschieden werden. Wir von der Kommission glauben vielmehr, dass es eine stärkere Regionalisierung geben muss, und dass eben diese tagespolitischen Themen verstärkt auf regionaler Ebene getroffen werden, während die politischen Themen auf zentraler EU-Ebene entschieden werden.

Damit verbunden ist auch das Thema der Einbindung der Industrie. Die regionalen Beiräte waren in der Vergangenheit sicher ein Erfolg. Wir glauben, dass die Industrie in den Bereich des Fischereimanagements enger involviert werden sollte. Wir möchten die Industrie, wie gesagt ermutigen, sich selbst zu managen und hier mehr Verantwortung zu übernehmen.

Mein letzter Punkt, ich musste mich leider etwas beeilen: Wir von der Kommission verlassen uns auf die Unterstützung Deutschlands. Wir möchten Sie als Mitglieder des Bundestages dazu aufrufen, mit uns Meinungen auszutauschen, um dadurch sicherzustellen, dass Deutschland auch in der Zukunft eine tragende Rolle bei der Ausarbeitung einer zukunftsfähigen Gemeinsamen Fischereipolitik spielen kann.

Ich rufe Sie also dazu auf, mit uns, mit der Kommission zusammenzuarbeiten.

Stellv. Vorsitzender:

Ganz herzlichen Dank, Herr Kommissar Dr. Borg. Sie haben uns einen guten Überblick über die maritime Politik gegeben, die Sie innerhalb der EU betreiben und über den Ansatz, den Sie verfolgen, bei einer Gemeinsamen Fischereipolitik.

Sie haben eben gesagt, dass alle Optionen offen sind und über alle Punkte kann und soll geredet werden. Dabei ist die Meinung der Mitgliedsstaaten für Sie besonders wichtig. Deswegen geht jetzt meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, diese Chance zu ergreifen, über alle Punkte zu reden und auch deutlich zu machen, welche Interessen wir haben. Als erster hatte sich der Kollege Ortel gemeldet.

Abg. Holger Ortel:

Dankeschön, Herr Vorsitzender. Herr Kommissar, ganz herzlichen Dank für Ihre Einführung. Drei, vier konkrete kurze Fragen: Warum hat die EU-Kommission Abstand von der Seetage-Regelung genommen und ist auf die kW-Regelung gekommen? Zweiter Punkt, Ostsee: Die Heringsquote ist in diesem Jahr um fast 40 % abgesenkt worden, aufgrund von wissenschaftlichen Einlassungen oder Untersuchungen. Wir stellen aber beim Dorsch fest,

dass wir vor drei Jahren einen Laicherbestand von 60.000 Tonnen hatten, welcher sich aber auf merkwürdige Art und Weise innerhalb von zweieinhalb Jahren auf das Sechseinhalbfache erhöht hat, auf über mindestens 400.000 Tonnen. Die Fischer glauben nicht mehr an die Zahlen, die von der Wissenschaft ermittelt werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Kommission darauf einzuwirken, dass die Zahlen, die wissenschaftlich ermittelt werden, auch dem Tatsächlichen entsprechen? Dritte Anmerkung: Das Kormoranmanagement hat das Europäische Parlament bejaht. Es gibt scheinbar Ornithomanen in der Kommission, die verhindern, hier ein europäisches Kormoranmanagement einzuführen. Vierte Anmerkung, Aquakultur: Würden wir in Europa Aquakultur so fördern, wie wir uns in Europa um regenerative Energien bemühen, hätten wir in Europa auch bei der Aquakultur mittlerweile zweistellige Zuwachsraten. Das wird natürlich auch erheblich konterkariert, weil wir auch aus heutiger Sicht Kormoranfutter produzieren und nicht genügend gesunde Lebensmittel für die Menschen. Letzte Anmerkung: Wir werden weiterhin Schwierigkeiten mit der Vermarktung von Aquakulturprodukten in Europa haben, wenn es weiterhin für die Türkei möglich ist, mit Subventionen für Produktion und Export, den europäischen Markt erheblich zu stören. Das Gleiche betrifft Produkte der Aquakultur aus Südostasien. Ganz offensichtlich wird hier auch mit Sozial- und Umweltdumping gearbeitet, sodass es eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung zu europäischen Produkten gibt. Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen zur europäischen Fischereipolitik. Ich bin da sehr dankbar, dass Sie zu uns nach Deutschland gekommen sind. Die erste Frage: Sie messen Deutschland eine große Bedeutung für die Fischereipolitik bei. Wie bewerten Sie die Frage der relativen Stabilität der Quoten für Deutschland? Das ist für uns ein sehr wichtiger Gesichtspunkt. Die zweite Frage zur Ostsee: Wir hatten in den vergangenen Jahren erhebliche illegale Fischerei im Bereich des Dorsches, ist diese eingedämmt worden? Sind wir dort bei normalen Verhältnissen? Dritte Frage – Aquakultur: In Europa sind die Gewässer in dramatischer Weise überfischt, 88 % Überfischung nach Ihren Zahlen. Wie können wir es schaffen, so wie mein Kollege Ortel es vorgeschlagen hat, im Bereich der Aquakultur wirklich voranzukommen und damit auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten? Letzte Frage: Es gibt den Aalmanagementplan der Europäischen Union. Wichtig für den Erhalt des Aals in europäischen Gewässern sind nicht nur die regionalen Maßnahmen, kein weiterer Verbau der Gewässer, sondern auch die Frage, wo gehen die Glasaale hin. Wie kann eingedämmt werden, dass die Glasaale weiterhin nach Asien exportiert werden, dass sie weiterhin direkt verzehrt werden, statt dass sie für den Besatz und für die Einwanderung

in europäische Gewässer genutzt werden?

Dr. Joe Borg (EU-Kommissar, maritime Angelegenheiten und Fischerei): Vielen Dank für diese ersten Fragen. Zunächst einmal zur Frage, warum dieser Wechsel stattfand, weg von den Seetagen hin zu den Kilowatt-Tagen. Der Grund für diese Entscheidung ist folgender: Die Kommission hat sich mit den Mitgliedsstaaten im Rat entschieden das durchzuführen, weil wir der Meinung sind, dass diese ein besseres Managementsystem für das Management des Kabeljaus darstellt, um dadurch die Kabeljaufänge besser zu kontrollieren. Das ist natürlich eine Veränderung. Wir überprüfen nun, wie dies im Alltag durchgeführt wird, ob es funktioniert. Wenn es Probleme gibt, dann werden wir diese Probleme natürlich ganz klar analysieren und das System optimieren, um dadurch ein effektiveres System zu haben und auch ein System, das nutzerfreundlicher ist.

Nun zur Frage der Heringquoten: Es gab verschiedene Empfehlungen. Es wurde empfohlen, dass zum einen der Heringaufwand reduziert werden sollte. Die Kommission hat hier eine Reduktion von 60 % vorgeschlagen. Man hat sich letztlich auf 39 % geeinigt. Wir müssen nun abwarten, was das ICES-Institut herausgefunden hat. Das wird in den nächsten Tagen wohl geschehen. Wenn diese dann sagen, dass sich die Heringsbestände im letzten Jahr verbessert haben, dann werden wir dies für die Heringquote für 2010 natürlich berücksichtigen. Wenn sich herausstellt, dass die Bestände weiter abgenommen haben, dann werden wir dies ebenfalls für die Vorschläge für 2010 berücksichtigen. Wir haben ebenfalls zuletzt daran gearbeitet, einen mehrjährigen Plan für Heringe in der Ostsee auszuarbeiten. Wir hoffen, dass wir vielleicht noch im Jahr 2009 oder dann 2010 dem Rat die Vorschläge hier unterbreiten können.

Was die Problematik der Kormorane angeht: Sie wissen mit Sicherheit, dass es nicht in meinen Verantwortungsbereich fällt. Dafür ist der Kommissar für Umwelt zuständig. Ich habe also nicht das Recht, im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik hier aktiv zu werden und Maßnahmen gegen die Kormoranpolitik zu ergreifen. Dies kann im Rahmen der Vogelrichtlinie geschehen oder auch auf nationaler wie regionaler Ebene, um dieses Problem zu beheben. Der Umweltkommissar arbeitet bereits an einem Ansatz, um dieses Problem zu beheben. Das Programm, auf das wir uns dann einigen werden, wird vielleicht kein wahrhaftig europäisches sein, aber er arbeitet dennoch an einem Maßnahmenprogramm, um diese Kormoranproblematik zu beheben. Ich unterstütze ihn natürlich hierbei. Ich unterstütze ihn, weil die Kormoranproblematik ein enormes Problem ist. Sie untergräbt uns bei dem Ziel, eine nachhaltige Fischereipolitik zu schaffen, und bei der Entwicklung der Aquakultur.

Mein letzter Punkt betrifft die Aquakultur: Hier hat die Kommission vor zwei, drei Monaten eine Mitteilung veröffentlicht, wo wir analysieren wollten, was genau die Hindernisse dafür sind, dass die Aquakultur in Deutschland keine größere oder stärkere Rolle spielt. Denn Tatsache ist, dass die Aquakulturforschung in Deutschland eine maßgebliche Größe ist, aber was die Produktion aus der Aquakultur angeht, ist es so, dass die Zahlen in den letzten Jahren statisch waren. Das finden wir etwas seltsam. Wir wollen also analysieren, wo die Engpässe existieren. Das kann z. B. erhöhter Verwaltungsaufwand oder Bürokratie auf regionaler, nationaler, aber vielleicht auch auf europäischer Ebene sein. Gesundheitsvorgaben sind ein Thema, das damit eng verbunden ist. Wir müssen gegen ein Problem ankämpfen. Die Bevölkerung allgemein ist der Meinung, dass Fische aus Aquakultur ein gewisses Gesundheitsrisiko bergen. Das ist eine negative Wahrnehmung, eine falsche Wahrnehmung, die auf allen Ebenen existiert. Ein anderes Thema, das ebenfalls angesprochen wurde, ist der ungerechte Wettbewerb, was Produkte aus anderen Ländern angeht. Hier wurde die Türkei erwähnt. Es wurden auch asiatische Länder erwähnt. Wenn es Fälle von Dumping gibt, können wir in der Tat handeln. Wenn es sich dabei allerdings um keine Dumping-Fälle handelt, sind wir an die WTO-Regeln gebunden. Wir können dann nichts tun.

Der letzte Punkt zum Thema Aquakultur ist, wie ich bereits erwähnt hatte, das Bewusstsein der Konsumenten. Wir müssen dieses stärken. Das können wir beispielsweise durch ein „Co-Labeling-Programm“ erreichen, das wir momentan für wild gefangenen Fisch testen; vielleicht könnten wir dies in der Zukunft auch für Aquakulturfische anwenden.

Tatsache ist ebenfalls, dass die Nachfrage nach Fisch in den letzten Jahren angestiegen ist. Die Möglichkeiten mehr Fische zu fangen allerdings nicht. Wir können also die momentane Nachfrage nach Fisch nicht befriedigen. Das gilt sowohl für europäische wie auch für internationale Gewässer. Internationale Studien haben auch gezeigt, dass die meisten Fischbestände momentan überfischt sind, auch in Europa. Deswegen ist die einzige Lösung eine Ausweitung der Aquakulturproduktion. Aber diese muss immer nachhaltig geschehen, hier gibt es Probleme mit der Gesundheit, mit der Umweltverschmutzung. Die Aquakulturproduktion muss also erhöht werden. Gleichzeitig müssen wir aber auch Probleme der Fischernahrung berücksichtigen, da es viele fleischfressende Fischarten gibt, die in einer Aquakultur gezüchtet werden. Dieser Fisch muss auch in den offenen Meeren gefangen werden. Es muss also noch viel mehr Forschung betrieben werden, bevor wir die Aquakulturproduktion dann auch maßgeblich ausweiten können.

Zum Thema Kabeljau und zum Thema der illegalen Fischerei: Es gab hier – ich würde sagen in den letzten 1 bis 2 Jahren – durchaus viele Fälle von illegaler Fischerei. Tatsache ist ebenfalls, dass es viele Fälle von Überfischung und mangelnden Kontrollen seitens vieler Mitgliedsstaaten gibt. Aber ich glaube, dass der Erholungsplan für Kabeljau in der Ostsee die Situation hier bereits verbessern konnte. Wir arbeiten mit vielen Mitgliedsstaaten eng zusammen, um die Kontrollmechanismen in diesen Staaten zu verbessern. Dadurch hat sich die Situation bereits verbessern können. Wir haben die Kontrolle von Anlandungen verstärken können, auch die Uhrzeiten, zu denen die Kontrollen ausgeführt werden, haben wir erhöht. Wir kontrollieren nun fast rund um die Uhr, aber natürlich gibt es hier noch viele Verbesserungsmöglichkeiten. Wissenschaftler sagen auf der anderen Seite allerdings auch, dass sich die Kabeljaubestände vor allem in der östlichen Ostsee verbessert haben. Ich glaube, dass wir uns hier also durch verstärkte und zahlreichere Kontrollen in die richtige Richtung bewegen, und dass wir heute weniger illegale Fischerei haben, als noch in der Vergangenheit. Die Zeiten der Kontrollen sind ebenfalls verstärkt worden. Der Kabeljaubestand hat sich deswegen verbessert und wird sich mit Sicherheit noch weiter verbessern. Ich glaube, dass das natürlich auch Auswirkungen auf die Kabeljauquoten in der Zukunft haben kann.

Was das Thema der relativen Stabilität angeht: Ich habe natürlich die Position Deutschlands zur Kenntnis genommen, sowohl bei diesem Treffen hier als auch bei dem vorherigen Treffen. Ich habe gesagt, dass die Kommission alle Themen ansprechen möchte. Dies schließt natürlich auch das Thema der relativen Stabilität mit ein. Wir haben hier noch nichts entschieden, möchte ich betonen. Wir haben noch nicht entschieden, dass das System der relativen Stabilität verschwinden muss, ganz im Gegenteil. Aber wenn sich alle Mitgliedsstaaten darauf einigen können, dass wir eine radikal neue Gemeinsame Fischereipolitik mit neuen Managementsystemen benötigen, dann kann es in der Zukunft vielleicht so sein, dass das System der relativen Stabilität weniger bedeutsam sein wird und dass wir an dessen Stelle vielleicht ein neues System haben werden.

Betonen möchte ich noch einmal, dass die Kommission hier im guten Vertrauen handelt. Wir möchten ein Managementsystem, das bessere Ergebnisse liefern kann. Wenn wir uns auf ein neues System einigen können, werden wir das auch durchführen. Wenn nicht, dann werden wir bei dem alten System, dem System der relativen Stabilität bleiben, so dass alle Staaten gleiche Startbedingungen haben.

Was den Aalmanagementplan angeht, so haben wir von vielen Mitgliedsstaaten bereits Vorschläge zur Steuerung von Aalen erhalten. Wir haben diese Pläne dem ICES-Institut

vorgelegt. ICES wird uns dann beraten. Wir werden darauf vertrauen, was ICES uns empfiehlt und werden dies auf internationaler Ebene tun. Einige Mitgliedsstaaten, Irland z. B., haben vorgeschlagen, dass die Zonen komplett geschlossen werden sollen. Es gab auch andere Vorschläge. Diese analysieren wir jetzt. Wir werden uns, wie gesagt, daran halten, was ICES uns empfiehlt. Wir werden dann untersuchen, ob es Maßnahmen gibt, wonach Aal an Drittländer exportiert wird. Wir analysieren dies gerade. Wir müssen hier vorsichtig sein, weil diese Maßnahmen durchaus von der WTO als Handelsbarrieren betrachtet werden können.

Abg. Waltraud Wolff:

Vielen herzlichen Dank, Herr Kommissar Dr. Borg, dass Sie uns hier so umfangreich zur Diskussion über die Meerespolitik zur Verfügung stehen. Sie haben ganz zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt, dass Deutschland sehr intensiv an der integrierten Meerespolitik mitgearbeitet und auch die Parameter mitbeschlossen hat. Das heißt für mich, dass Sie innerhalb der EU auch sehen, dass Deutschland große Anstrengungen unternommen hat und hier auch zu einer guten, effektiven Fischerei, und gleichzeitig zu einem guten Meeresschutz gekommen ist. Wir haben, wenn wir uns das europaweit ansehen, eine Flotte, die zwei- bis dreimal so groß ist und Fischerei betreibt, als es für eine nachhaltige Fischerei gut wäre. Darauf sind meine Fragen ausgerichtet. Wenn wir in Deutschland unsere Hausaufgaben gemacht haben, dann frage ich mich, wie können wir durch Ihre Vorschläge, durch das Grünbuch, durch ein besseres Management, durch bessere Koordinierung und Überwachung und auch durch eine bessere wissenschaftliche Begleitung, die die Fischer, wie Herr Ortel gesagt hat, anzweifeln, zu einer Verbesserung innerhalb von Europa kommen? Wenn Sie Ihre eigenen Vorschläge mit den Mitgliedsstaaten diskutieren, in welchem Zeitraum kann man dann auch eine Verbesserung für unsere Meere erwarten?

Abg. Holger Ortel:

Herr Kommissar, ich kann es mir nicht verkneifen, entschuldigen Sie bitte, aber zum neuen Entwurf der Kontrollverordnung kann man noch einmal anmerken, was die Küstenfischerei betrifft. Die Küstenfischer wollen fischen und die wollen sich auch als Fischer fühlen. Aber nach dieser Kontrollverordnung, nach diesem Entwurf fühlen Sie sich mehr als Straffällige auf Freigang.

Abg. Mechthild Rawert:

Meine Frage bezieht sich auf die Tiere, für die ich im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Verantwortung trage. Das sind Wale und Delfine. Die Rob-

ben lassen wir noch einmal beiseite.

Zum einen ist der Zusammenhang zwischen Fischerei und Delfinen sicherlich, dass uns allen an einer guten Meerespolitik gelegen ist, auch unter dem Aspekt des Artenschutzes. Der andere Bereich ist natürlich der, und jetzt komme ich auf den Beifang, dass da noch ein Problem existiert. Das würde mich interessieren, wie dieser Aspekt in Ihrem Ressort bearbeitet wird.

Dr. Joe Borg (EU-Kommissar, maritime Angelegenheiten und Fischerei): Ein Kommentar zum Problem der Überkapazität europäischer Flotten: Es stimmt, dass Deutschland schon sehr viel gemacht hat in den vergangenen Jahren, dass Deutschland seine Flotte erfolgreich reduziert hat. In Deutschland glaubt man, dass die Kapazität seiner Flotte nun auch dem tatsächlichen Fischereiaufwand oder den Fischereimöglichkeiten entspricht. Wir von der Kommission glauben, dass es keinen Sinn macht, wenn es z. B. auf europäischer Ebene 80 % Überkapazitäten gibt, dann alle Mitgliedsstaaten zu verpflichten, dass diese ebenfalls um 80 % ihre Kapazitäten reduzieren sollen. Dies muss berücksichtigt werden bei den Entscheidungen zur Reduzierung der Flottenkapazität, da es oftmals so ist, dass die Kapazität auch wirklich den Fangmöglichkeiten entspricht. Deswegen ist dieser Vorgang durchaus schwierig. Wir müssen hier vor allem auch einzelne Segmente der Fischerei untersuchen. Hier müssen wir dann auch handeln. Wir arbeiten hier eng mit den Mitgliedsstaaten zusammen. Es ist in der Tat so, dass ein Großteil der Mitgliedsstaaten die Kapazitäten bereits reduziert hat, oftmals auch erfolgreich. Das Problem besteht heute allerdings darin, dass der technische Fortschritt weiter voranschreitet. Das untergräbt dann sozusagen die Anstrengungen der Reduktion der Kapazität. So kann es heute z. B. sein, dass ein Boot zwar geringere Fangkapazitäten hat, aber aufgrund der technologischen Weiterentwicklung höhere Fangquoten hat. Wir müssen also überlegen, welche Anreize wir schaffen können, um die Kapazitäten weiter zu reduzieren. Ein Beispiel hierfür wäre z. B. der Thunfisch. Wir arbeiten eng mit den Mitgliedsstaaten zusammen, um die Flotten in diesem Bereich zu reduzieren. Viele Mitgliedsstaaten haben damit bereits begonnen und wir müssen alle Instrumente nutzen, um sicherzustellen, dass die tatsächlichen Fischfangkapazitäten auch den Fischfangmöglichkeiten entsprechen. Dies muss in den einzelnen Segmenten geschehen.

Sie haben diese Verbindung angesprochen, die zwischen der Überkapazität auf der einen Seite und der integrierten Meerespolitik, sowie der Reform der GFP auf der anderen Seite, existiert. Wenn wir die Kapazitäten reduzieren, dann bedeutet das kurzfristig natürlich, dass dies mit einem Verlust von Arbeitsplätzen einhergehen wird. Wir können diesen Ver-

lust allerdings abfedern, wenn wir die Fischerei als Teil eines größeren Ganzen, einer Meeresumwelt betrachten, und können dann in diesem Bereich neue Arbeitsplätze schaffen. Das kann an Land geschehen, das kann im Bereich der Aquakultur geschehen. Wir können hier also alternative Arbeitsplätze für Fischer anbieten, ohne dass diese ihre Küstenregionen verlassen müssen.

Herr Ortel hat das Problem der Kontrollverordnung und der Kontrolle der Küstenfischerei angesprochen. In dem Entwurf der Gemeinsamen Fischereipolitik wird dieses Thema angesprochen. Sie haben gesagt, dass es ein Problem ist, dass es zuviel Küstenfischerei gibt und dass die Fischer oftmals wie Kriminelle behandelt werden.

Wir von der Kommission haben einen Entwurf ausgearbeitet, der konkrete Bestimmungen enthält. Aber vielleicht unterscheiden wir manchmal nicht genug zwischen Industriefischerei auf der einen, und der kleinen Küstenfischerei auf der anderen Seite. Wir müssen dieses Problem also genau untersuchen. Wir müssen, wenn nötig, die Bestimmungen ändern, um dadurch die unnötige Last zu reduzieren, damit nicht so viel Druck auf die Küstenfischerei ausgeübt wird. Die Kommission unterstützt das Konzept der Küstenfischerei. Gleichzeitig müssen wir allerdings auch berücksichtigen, dass die Küstenfischerei dennoch ein Beitrag dazu leistet, dass die Bestände reduziert werden. Oftmals geschieht diese Küstenfischerei nicht auf nachhaltige Art und Weise. Deshalb brauchen wir auch mehr Maßnahmen, um die Küstenfischerei auch zu kontrollieren.

Mein letzter Punkt betrifft die Delfine und den Beifang. Es stimmt, dass bereits Instrumente geschaffen wurden, um die Beifänge zu reduzieren, z. B. ein Verbot von Treibnetzen in der Ostsee. Dieses Programm wurde später eingeführt als in anderen Gemeinschaftsgewässern, aber es ist nun getan. Wir haben ebenfalls Maßnahmen ergriffen, um den Tod von Delfinen, die als Beifänge ins Netz gehen, zu reduzieren, vor allem durch spezielle Tongeräte, die wir an den Netzen anbringen. Die Reaktion ist durchaus gemischt. Wir warten nun noch auf die wissenschaftlichen Empfehlungen von ICES, was die anderen Methoden angeht, aber wir müssen bedenken, dass es bei vielen Fangmethoden Beifänge gibt, nicht nur bei der eben erwähnten. Deswegen wäre es vielleicht ein falscher Schritt, nur eine Methode zu verbieten. Das könnte als Diskriminierung betrachtet werden und könnte durchaus auch rechtliche Probleme schaffen.

Wir müssen in der Zukunft also ganz klar selektive Fangmethoden einsetzen, die weniger Beifang produzieren, sowie andere Maßnahmen ergreifen.

Abg. Holger Ortel:

Einen Schlusssatz für den Kommissar noch. Herr Kommissar, wenn Sie Valetta die alten Stadtmauern nähmen, verlören die Malteser ein ganz großes Stück Kultur. Wenn Sie den Norddeutschen die Fischerei nehmen, verlieren die Norddeutschen ihre Identität, und das ist genauso schlimm. Herzlichen Dank.

Stellv. Vorsitzender:

Herzlichen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben heute wichtige Fragen zu der zukünftigen Gemeinsamen Fischereipolitik hier erörtert. In der Diskussion sind die deutschen Interessen sehr deutlich geworden. Ich finde es sehr gut, dass die EU ein solches Konsultationsverfahren auf den Weg gebracht hat.

Wir hoffen natürlich, dass unsere fischereipolitischen Interessen in großem Maße in die zukünftige Gemeinsame Fischereipolitik Eingang finden.

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie die Zeit gefunden haben, hier mit uns so intensiv zu diskutieren.

Als kleine Erinnerung an den Besuch möchte ich Ihnen diese Medaille überreichen. Ganz herzlichen Dank. Darüber hinaus möchte ich mich natürlich bei all denjenigen bedanken, den Kolleginnen und Kollegen, die den Weg hierher gefunden haben, den Dolmetscherinnen und Dolmetschern, die einen harten Job heute gut erledigt haben, und bei Ihnen, die Sie so geduldig zugehört haben, als Besucher. Ganz herzlichen Dank. Noch einen schönen Abend, einen schönen Aufenthalt in Berlin. Ich denke, wir werden in absehbarer Zeit in eine neue Runde hier einsteigen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 18:03 Uhr



Manfred Zöllmer, MdB
stellv. Vorsitzender